

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 **Erhöhung des Vermögensfreibetrags von ALG II Empfängern auf 500,-- EUR**

2

3 Die Juso-Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

4

5 Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass durch eine Änderung des Sozial-
6 gesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) der Vermögensfreibetrag für ALG II-Empfänger auf 500,-- EUR
7 erhöht wird. Zudem sollen Vermögen, die in Riester-, Rürup- und Betriebsrenten und Bausparverträ-
8 gen stecken, bei der Vermögensprüfung nicht berücksichtigt werden.

9 Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, die entsprechenden Änderungen in den dazuge-
10 hörigen Bestimmungen (Durchführungsverordnung u.a.) vorzunehmen, solange es noch das SGB II in
11 der bestehenden Form gibt.

12 Begründung:

13 „**Freiheit** bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben“ so steht es in unserem Grundsatzprog-
14 ramm. Doch von selbstbestimmt kann nicht gesprochen werden, wenn der Staat in einem zu starkem
15 Maße auf das Ersparte zugreift, welches sich der mündige Bürger in langen Arbeitsjahren hart erar-
16 beitet hat, sobald dieser in eine Notsituation gerät.

17 Vor allem bei den Menschen setzt sich die Vorstellung fest, dass der Staat sie in dieser schwierigen
18 Lebenssituation im Stich lässt. Dies sorgt für eine Antipathie gegenüber den staatlichen Institutionen.

19 Dies ist ein sozialer Zündstoff für unsere Gesellschaft, vor allem da sich die Kluft zwischen Arm und
20 Reich in den letzten Jahren vergrößert hat.

21 Die Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich darf nicht hingenommen werden.

22 Weiterhin trägt die bisherige Regelung Verantwortung dafür, dass die Arbeitnehmerinnen und Ar-
23 beitnehmer in großem Maße von Altersarmut betroffen sein werden. Wer im Falle der Bedürftigkeit
24 erst seine Ersparnisse aufbrauchen muss, muss wenn sie/er eine neue berufliche Tätigkeit aufnimmt,
25 wieder erneut beginnen, um Vorsorge für ihr/sein Alter zu treffen.

26 Dies führt nicht nur zu einer Spaltung in Arm und Reich, sondern viel mehr in eine Spaltung in Reich
27 und Arm und noch viel ärmere ältere Menschen.

28 Bei solch einer Aufteilung wird die Solidarität in unserer Gesellschaft immer kleiner und die soziale
29 Kälte immer spürbarer werden.

30 Bei dieser Entwicklung kann es nur einen Verlierer geben...das Proletariat.

31 Daher muss diesem Antrag zugestimmt werden

32 - damit die Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen können und sie wissen,
33 dass der Staat dabei ihr Partner und nicht ihr Gegner ist.

34 - um die soziale Balance und die Solidarität in unserer Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

- 1 - um die wachsende Altersarmut zu bekämpfen
- 2 - um das Proletariat vor sozialer Ausgrenzung zu bewahren